

Gastkolumne

Ist Neutralität eine Lösung für die Staaten Osteuropas?

Das Konzept der Neutralität gewinnt wieder an Attraktivität. Für einen Erfolg braucht es aber zwei Voraussetzungen



Paul Widmer

Das östliche Europa ist seit Menschengedenken politisch instabiles Gelände. Mehr als jede andere Region in Europa litt der Gürtel zwischen dem Baltischen und dem Schwarzen Meer unter Krieg und Knechtschaft. Dort liegen, wie der amerikanische Historiker Timothy Snyder es ausdrückte, die *bloodlands* - die geschundenen, von Blut durchtränkten Länder. Immer wieder fielen sie den umliegenden Grossmächten zum Opfer.

Nachdem diese Staaten das sowjetische Joch abschütteln konnten, versuchten einige, ihre Unabhängigkeit mit einer Neutralitätserklärung abzusichern. Die Ukraine bekannte sich in der Unabhängigkeitserklärung von 1990 dazu, die Republik Moldau in der Verfassung von 1994. Auch für andere erscheint die Neutralität zunehmend attraktiv - sogar für Weissrussland, das notabene Gründungsmitglied eines von Russland angeführten Militärbündnisses ist.

Diese neue Wertschätzung der Neutralität ist an sich erfreulich. Denn nach dem Ende des Kalten Krieges war es um deren Ansehen nicht gut bestellt. Es war wie nach jedem grossen Krieg: Die Mächtigen erklärten das Ende der Neutralität; diese hätte, so sagten sie, in einer neuen Friedensordnung keinen Platz mehr. So war es nach dem Ersten Weltkrieg. Die Sieger wollten die Schweiz nicht in

den Völkerbund aufnehmen. Sie musste um die Aufnahme betteln. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg verweherten die Sieger den Neutralen anfänglich die Mitgliedschaft in der Uno. Und nach dem Kalten Krieg war es nicht anders. Die Grossstrategen hielten einen konventionellen Krieg in Europa für nicht mehr denkbar und somit die Neutralität für einen nutzlosen alten Zopf. Die schwedische Regierung lebt heute noch vor, was sie damals sagte, und verschloss seither das Wort Neutralität im Giftschrank unerwünschter Vokabeln. Man ist allianzfrei, aber nicht neutral.

Vor einigen Wochen nahm ich in Weissrussland an einer Tagung über Neutralität teil. Unter den Fittichen der österreichischen EU-Präsidentschaft diskutierten die Teilnehmer über die Vorteile eines neutralen Status für verschiedene Länder in der Region. Als Schweizer kann man es nur begrüßen, wenn dieses Konzept wieder mehr Beachtung findet. Denn für kleinere und mittelgrosse Staaten mag es durchaus eine sinnvolle Alternative sein.

Dennoch hege ich Zweifel, ob die neutrale Option für die erwähnten Staaten derzeit infrage kommt. Der Grund liegt vor allem in den instabilen innenpolitischen Verhältnissen. Nehmen wir die Ukraine als Beispiel. Schon vor der effektiven Unabhängigkeit verankerte das Land die Neutralität in der Unabhängigkeitserklärung, einige Jahre später wünschte es den raschen Beitritt zur Nato, und nach fast jedem Regierungswechsel wird das Steuer wieder herumgeworfen. Ein derartiger Zickzackkurs schafft kein Vertrauen.

Das gilt auch für die Republik Moldau. Gemäss Verfassung ist das Land neutral. Doch die Regierung strebt eine Westintegra-



In solchen Verhältnissen kann Neutralität nicht gedeihen. Es reicht höchstens zur Allianzfreiheit.

tion an, der Präsident dagegen versucht das Land Russland in die Arme zu treiben.

In solchen Verhältnissen kann Neutralität nicht gedeihen. Es reicht höchstens zur Allianzfreiheit. Denn die Neutralität benötigt eine vorbehaltlose innenpolitische Unterstützung. Eine Regierung kann nur dann eine erfolgreiche neutrale Aussenpolitik betreiben, wenn die überwältigende Mehrheit die Neutralität will. Ist ein erheblicher Teil der Bevölkerung dagegen, können sich ausländische Mächte viel zu leicht in die Innenpolitik einmischen und ein Land destabilisieren. Dann jedoch kann der Neutrale die ihm zugedachte Aufgabe im Staatensystem nicht erfüllen.

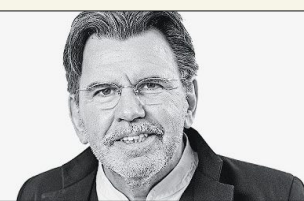
Denn der Status eines ständigen neutralen Staates bezweckt stets zweierlei: Erstens soll er einem Land helfen, seine Unabhängigkeit zu behaupten; zweitens soll er einen Beitrag zu einer stabilen Friedensordnung leisten. Das Zweite kann nur gelingen, wenn die andern Staaten Vertrauen gefasst haben. Sie müssen überzeugt sein, dass der Neutrale tatsächlich eine konstante, voraussehbare Aussenpolitik führen wird. Ansonsten erzeugt eine Neutralitätserklärung mehr Instabilität als Stabilität.

Als die Grossmächte die Schweizer Neutralität vor 200 Jahren auf dem Wiener Kongress völkerrechtlich anerkannten, erklärten sie ausdrücklich, diese liege im Interesse Europas. Das muss auch für die Staaten Osteuropas gelten. Die Neutralität muss nicht nur im eigenen, sondern auch im Interesse der andern Staaten liegen. Sonst sind Neutralitätserklärungen nicht viel wert.

Paul Widmer war Diplomat und lehrte internationale Beziehungen an der Uni St. Gallen.

Medienkritik

Ich wollt, ich hätt kein Internet



Stephan Klapproth

Ich glaube, ich gehe nach Tonga. Ein ozeanisches Paradies mit weissen Stränden ist nie falsch. Aber das Inselreich von König Tupou VI. bietet dieser Tage, wovon alle grossen Philosophen träumten: einen Aussenstandpunkt, gelöst vom Rest der Welt.

Vor Tongas Küste zerriss am Sonntag ein Schiffsanker irgendwo am Meeresgrund das Glasfaserkabel, das die 100 000 Tonganer mit dem Internet und somit dem Rest der Erde verbindet. Alle Online-Dienste waren mit einem Wimpernschlag weg! Heisst: Dort muss man jetzt wieder selber denken, ganz ohne die Kommentare der Restwelt. Worauf man beim Philosophieren am Strand wohl käme?

Vielleicht auf die Frage: Wie gerissen ist ein Kommunikationsnetz, das weltweit auf rund 350 kaum geschützten Glasfaserkabeln am Meeresboden fusst? Denen, wie ich ergoogeln konnte, schon öfters russische U-Boote nachgespürt haben sollen.

Verpasst haben die Tonganer auch die Meldung, dass Facebook-König Mark Zuckerberg 1.300 Millionen Dollar in Lokaljournalismus-Projekte stecken will. Süß: Die Weltvernetzer entdecken, dass der Mensch füglich nur gedeiht, wenn er weiss, was vor seiner Haustür geht. Sie, die neun von zehn Anzeigendollars kassieren mit dem weltweiten Verkauf der Daten, die uns zu gläsernen Konsumenten machen. Zudem: Wenn Zuckerberg fast das BIP von Tonga allein in der Spendenkasse hat: Braut sich da nicht etwas viel Macht in Silicon Valley zusammen?

Doch genug des europäischen Kulturpessimismus! Bevor das Reparaturschiff aus dem fernen Samoa eintrifft, zwei konstruktive Tipps an die Abgekoppelten: Versenkt es - und bleibe der letzte Ort, wo Dicksein als schön gilt. Oder geht heute ein letztes Mal unkontrolliert surfen. Nach dem Motto: Erkenne dich selbst..., bevor Mark Zuckerberg es tut.

Stephan Klapproth ist Ex-Newsanchor, Uni-Dozent und Kongressmoderator.

49 Prozent

Auch Männer sind manchmal im Nachteil



Patrick Imhasly

Braucht es Argumente, um einen angeblichen Missstand zu belegen, muss ein Index her. Diese Strategie ist auch im Genderdiskurs sehr beliebt. Sei es in der Forschung oder in den Medien: Seit mehr als zehn Jahren wird meistens der sogenannte Global Gender Gap Index (GGGI) bemüht, wenn es darum geht, Buch zu führen über das Ausmass der gesellschaftlichen Ungleichheit zwischen den Geschlechtern. Der GGGI hat eine geradezu groteske Schlagseite: Er erfasst nur Benachteiligungen, die für Frauen gelten. Dass in einer Gesellschaft auch Männer mit geschlechterbedingten Hindernissen zu kämpfen haben - dieser Umstand ist den Nutzern des Indexes offensichtlich kein Gedanke wert.

Der GGGI besteht aus vier Komponenten, die erfassen, welche ökonomischen Möglichkeiten die Frauen haben, wo sie bildungsmässig stehen, wie es um ihre Gesundheit bestellt ist und ob sie politisch handlungsfähig sind. Jede dieser Messzahlen kann einen Wert von null bis eins annehmen. Eins bedeutet, dass die Frauen in diesem Bereich den Männern gleichgestellt sind. Wenn die Frauen den Männern aber überlegen sind, wie es insbesondere in der Bildung in unseren Breitengraden immer häufiger der Fall ist, bleibt der Wert des Indexes bei eins stehen.

Mit andern Worten: Der Global Gender Gap Index kann nur aufzeigen, dass Frauen benachteiligt sind - niemals aber, dass sie den Männern überlegen sind. «Es gibt kein einziges Mass für Gender-Ungleichheit, das jene Nöte berücksichtigt, unter denen die Männer häufiger zu leiden haben», schreiben die Psychologen Gijsbert Stoet und David Geary, die sich jüngst in einer Studie mit Gender-Indices wie dem GGGI auseinandergesetzt haben.

Ihr Fazit ist eindeutig: «Solche Indizes erfassen nicht, in welchem Ausmass sich ein

Land um das Wohlergehen aller seiner Bürger kümmert.» Dabei ist das Leben als Mann kein Ponyhof. Männer werden für dieselben Verbrechen strenger bestraft als Frauen; in den meisten Ländern sind nur sie verpflichtet, Militärdienst zu leisten, und Männer bilden die Mehrheit unter Obdachlosen. Sie neigen eher zum Missbrauch von Alkohol und Drogen, begehen häufiger Suizid und schneiden bei der Ausbildung schlechter ab. Als ob das alles nicht reichen würde, sind sie in besonders gefährlichen Berufen überrepräsentiert: als Feuerwehrmänner, Mineure, Bauarbeiter oder Kanalisationsreiniger.

Um die Gender-Ungleichheit umfassender zu beschreiben, schlagen Stoet und Geary einen neuen Index vor, den Basic Index of Gender Inequality (BIGI). Er stützt sich auf drei Kernaspekte des Lebens, die allen Menschen gemeinsam sind und die sich anhand bestehender Daten leicht quantifizieren lassen: die Ausbildungsmöglichkeiten in der Kindheit, die Lebenserwartung bei guter Gesundheit sowie die generelle Zufriedenheit mit dem eigenen Leben. Wird die Gender-Ungleichheit mit dem BIGI berech-



Das Leben als Mann ist kein Ponyhof. Zum Beispiel werden Männer für dieselben Verbrechen strenger bestraft.

net, steht die Welt plötzlich kopf. Angewandt auf 134 Länder, in denen 6,8 Milliarden Menschen leben, zeigt dieser Index, dass Frauen in 43, Männer aber in 91 Ländern benachteiligt sind. In unterentwickelten Ländern wird Frauen öfter der Zugang zu Bildung verweigert, in hochentwickelten Ländern beklagen die Männer schlechtere Gesundheit und eine geringere Lebenserwartung.

Der neue Basic Index of Gender Inequality ist nicht das Mass aller Dinge. Und doch lassen sich aus der Arbeit der beiden tapferen Forscher Erkenntnisse ziehen. Das Ideal einer egalitären Gesellschaft hat zumindest in den Industrieländern ein historisches Ausmass erreicht. Natürlich kann man zum Beispiel über die grosse Schwierigkeit der Frauen diskutieren, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Doch dann sollte man ab und zu auch einen Gedanken an die besonderen Herausforderungen verschenden, mit denen Männer heute konfrontiert sind. Und: Es ist Zeit, sich im Genderdiskurs von überholten Denkschemen zu lösen.

Patrick Imhasly ist Redaktor im Ressort Wissen der «NZZ am Sonntag».